

Bezugspreis:

Für den Monat November 400.- M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Westpreußen sowie Österreich und Ungarn 500.- M., für das übrige Ausland 600.- M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Island, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 29. November 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Dichtungs-Gesellschaft, Postfach 100, Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopierzeitung kostet 120.- M. Restzeitung 600.- M. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wortes 20.- M. (zulässig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 2.- M. Stellensuche und Schließungsanzeigen des ersten Bandes 15.- M., jedes weitere Wort 12.- M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Preis: 25.- M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

England und Ruhrbesetzung.

Schon aus den Meldungen in der heutigen Morgenausgabe geht hervor, daß die Pariser Ankündigungen über die in Aussicht genommene Besetzung des Ruhrgebietes in London einen sehr ungünstigen Eindruck ausgeübt haben. Die weiteren Meldungen verstärken den Eindruck, daß man sich auch in den englischen Regierungskreisen gegenüber den französischen Anregungen äußerst reserviert verhält.

Es sei zweifelhaft, ob der eingehende Plan für Sanktionen und produktive Pfänder zusammen mit der Forderung nach einer riesigen internationalen Anleihe und einer französischen Separataktion im Ruhrgebiet als Alternative einen günstigen Eindruck in England gemacht habe. Eine Anleihe in dem Umfange, wie sie verlangt werde, werde von allen Geschäftskreisen als reines Phantasiegebilde angesehen.

Über die Stellung der englischen Regierung liegen genauere Nachrichten nicht vor. Es dürfte zutreffen, was das linksdemokratische Pariser Blatt „Cris nouvelle“ fälschlich schreibt: „In England hat niemand eine genaue Idee über die Reparationspolitik. Lloyd George wußte nur, was er nicht wollte, und Bonar Law sucht, was er will.“

Der Abgeordnete Wallhead, einer der Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei, fragte: „Ist die Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich bevorstehend? Wenn ja, wird sie die militärische und moralische Unterstützung der englischen Regierung erhalten?“ Bonar Law erwiderte: „Ich habe keine Informationen darüber zu sagen, ob die Besetzung nahe bevorsteht, ich kann deshalb auf eine genaue Frage nicht antworten.“

Wie durch die Haltung Bonar Laws der Eindruck verstärkt, daß der Chef der englischen Regierung vorläufig Zeit gewinnen will, ehe er eine endgültige Entscheidung trifft, so gewinnt man aus den Pariser Nachrichten mehr und mehr die Überzeugung, daß neben den kriegerischen Stimmen sich auch andere Geltung verschaffen, die der Vernunft zum Siege verhelfen wollen. Charakteristisch ist dafür die Beachtung, die die Ausführungen des früheren Wiederaufbauminsters Louchour, die er in einem Vortrag in Zürich machte, in der französischen Presse finden.

„Ganze Völker sehen sich auf abschüssiger Bahn. In wenigen Monaten können wir furchtbare Katastrophen erleben. Ich bin Optimist, aber ich darf den Ernst der Tatsachen nicht verschweigen. Ich bin entschlossen, ihnen ins Angesicht zu blicken, weil ich die feste Überzeugung habe, daß wir diese Gefahr vermeiden können, unter der einzigen Bedingung, daß wir aufhören, die Weltpolitik immer nur durch das Fenster unseres eigenen Landes zu betrachten.“

Ganz offen tritt hier der Gegensatz zwischen der Haltung Louchours und Poincarés zutage, ein Gegensatz, der sicherlich auch in den breiten Kreisen der Bevölkerung seine Auswirkung findet. Die kommunistische „Humanität“ dürfte in diesem Falle wohl nicht allein die Stimmung ihrer eigenen Partei wiedergeben, wen sie schreibt:

Zwei Fragen stellen wir: Wenn Poincaré zu dieser Aktion greifen wird, wie werden dann England und Amerika reagieren? Was wird vor allem die internationale Arbeiterklasse tun, die wieder einmal als Kanonensplitter behandelt werden soll? Wir warnen die Regierung früh genug, damit sie die erlaubten Grenzen weder nach außen noch nach innen überschreitet.“

Doch welches auch die Motive Poincarés und seines „nationalen Blocks“ sowie die seiner Kritiker sein mögen, eines steht fest: daß der in Paris ausgebrochene Sturm zu einem wesentlichen Teil aus jenseitigen Kreisen zurückzuführen ist, die die Unterstützung der französischen Reaktion in Anspruch nehmen, um die Regierungsgewalt

in Deutschland in die Hand zu bekommen. Der Pariser Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ meldet:

„Aus zahlreichen Neuerungen in der Presse und Gesprächen geht hervor, daß in Paris tatsächlich mit positiven Zahlungsvorschlägen gerechnet wurde, wenn die Großindustrie Einfluß auf die deutsche Regierung gewänne, und daß die Entscheidung ungeheuer groß war, als dann der Kanzler Cuno lediglich die Fortsetzung der Politik des früheren Kabinetts in Aussicht stellte. Mit aller Bestimmtheit wird hier behauptet, daß bei der Anwesenheit der Reparationskommission in Berlin Herr Barthou ganz feste Versprechungen gemacht worden seien. Rom werden genannt, denn das Angebot der Garantie für eine 26-Milliarden-Anleihe soll ein sehr bekannter Bankdirektor erwähnt haben. Ueber die angebotene Sicherheit und die von deutscher Seite geforderten Zugeständnisse existieren angeblich schriftliche Aufzeichnungen.“

Die hier gemachten Mitteilungen bestätigen nicht nur die Anklage, die wir gegen die schwerindustriellen Politiker und ihren Anhang erhoben haben, sie stellen auch fest, daß der in Paris eingetretene Rückschlag mit allen seinen verhängnisvollen Nachwirkungen auf das Konto jener deutschen Kreise zu setzen ist, die die Schicksalsfrage des deutschen Volkes zum Gegenstand ihrer egoistischen Treibereien und Intrigen gemacht haben. Es kann dem deutschen Volke und insbesondere der deutschen Arbeiterklasse nicht oft genug gesagt werden: Der Schwerpunkt der Reparationskrise liegt nicht allein in Paris, London und Washington, sondern in weitestlichem Maße auch in Berlin.

„Tiefe Besorgnisse in England“.

London, 29. November. (WZB.) „Times“ hebt unter Hinweis auf die im Unterhaus eingebrachte Anfrage, ob eine französische Besetzung des Ruhrgebietes „nahe bevorstehe“, die Befürchtung hervor, daß jede Tendenz aus Seiten Frankreichs, in diesem ersten und schwereligen internationalen Problem eigenmächtig vorzugehen, zu tiefen Besorgnissen in England, und, wie die letzten Berichte aus Washington gezeigt haben, auch in Amerika Anlaß geben würden. Das Blatt führt fort, England habe eine neue Regierung, die, wie Bonar Law am Montag erklärt habe, vollkommen frei sei, die gesamte Politik der Reparationen und der internationalen Schulden, wie sie in der Balfour-Rote ausgeworfen wird, „von allen Gesichtspunkten“ neu zu erwägen. Es müsse das Ziel der britischen Regierung sein, soweit wie möglich mit Frankreich zu gehen in der Richtung, die sowohl Frankreich wie auch England wünschten. Es würde für England schwer sein, nach Brüssel zu gehen, bevor der Boden mit den Kriterien geprüft worden sei. Vorbereitungen dieser Art könnten nicht einseitig sein. Wenn die britische Regierung bereit sei, umfassende Vorschläge zu machen, die die Frage „von allen Gesichtspunkten“ behandeln, so müsse die französische Regierung ebenfalls bereit sein, ähnliche Vorschläge zu machen, und England nicht nur mit Plänen für Sanktionen und Pfänder kommen. Die französischen Staatsmänner und die verantwortlichen französischen öffentlichen Meinung müssen einsehen, ebenso, wie dies in England erkannt wurde, daß die „vereinigte Front“ der Alliierten mit Bezug auf Deutschland und die wirtschaftliche Lage Europas von weit größerer und dauernderer Bedeutung sei, als die Beschlagnahme irgendwelcher Pfänder am Rhein und darüber hinaus. Das einzige Mittel, die Lösung des europäischen Wirtschaftsproblems zu beginnen, sei, das Zusammenarbeiten und das Zusammenwirken auf wirtschaftlichem Gebiet wiederherzustellen. Es könne kein Zweifel daran bestehen, daß eine eigenmächtige Aktion zur Erzwingung von Reparationen, wenn sie auch technisch und sogar moralisch nach so gerechtfertigt wäre, Europa noch weiter zerlegen, statt seine Wiederherstellung fördern würde.

„Westminster Gazette“ schreibt, die britische Regierung werde gezwungen sein, klarzustellen, daß, wenn Frankreich in der geplanten Richtung handeln sollte, es dies ohne Mitwirkung Englands tun würde. Wenn Frankreich so vorgehe, wie in den offiziellen Mitteilungen aus Paris angedeutet werde, so suche es eine Regelung auf einem Wege, auf dem England nicht mit ihm zusammen gehen könne.

Man erwartet positive deutsche Vorschläge.

Bln, 29. November. (WZB.) Von einer Persönlichkeit, die von den Absichten der englischen Regierungskreise wohl unterrichtet ist, erfährt der Londoner Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“, daß die deutsche Note vom 14. November in den englischen maßgebenden Kreisen einen guten Eindruck gemacht habe. Sie erscheint aber nicht genügend. Ein Hauptfehler der Regierung Birchs war nach den Mitteilungen des Gewährsmannes, daß sie seit dem Londoner Ultimatum keinerlei positive Vorschläge machte, sondern eine rein abwartende Haltung einnahm, wodurch der Verdacht aufkam, die ganze deutsche Politik sei darauf gerichtet, durch eine deutsche Passivität im Zusammenhang mit der sich steigenden Inflation die Verbündeten zu zwingen, die Entschädigungssumme herabzusetzen. Diesen Verdacht könnte Deutschland am besten dadurch entkräften, daß es einen festen Vorschlag über diesen Punkt unterbreitet. Der Gewährsmann der „Kölnischen Zeitung“ glaubt versichern zu können, daß ein solcher deutscher Vorschlag in England den günstigsten Eindruck machen würde und auch auf die Unterstützung der englischen Regierung rechnen könnte.

Du sollst nicht Schätze sammeln! Eine Postkarte aller sozialistischen Blätter, in allen Kirchen verlesen, fordert die Gläubigen auf, gegen die Vermögensabgabe zu stimmen, die von den Sozialisten gefordert wird; diese Vermögensabgabe verstoße gegen den christlichen Geist.

Kommunisten und Regierung.

Die Verhandlungen in Sachsen gescheitert.

Von Oskar Edel, Dresden.

Wie wir an anderer Stelle ausführlich melden, sind die Verhandlungen zwischen unseren Parteigenossen und den Kommunisten über eine gemeinsame Regierungsabteilung in Sachsen ergebnislos abgebrochen worden. Die ganze Zweipartigkeit der kommunistischen Politik bedeutet der sächsische Landtagsabgeordnete Genosse Oskar Edel in folgendem Aufsatz, der vor den jetzt gescheiterten Verhandlungen geschrieben wurde.

Es muß auffallen, mit welchem ganz besonderen Eifer die kommunistische Partei ihre Bedingung für den Eintritt in die sächsische Regierung verteidigt, daß „den Vollerfassungen der Betriebsräte und den periodisch zusammentretenden Landesbetriebsrätekongressen von der Regierung alle für die proletarischen Interessen wichtigen Befehle zu unterbreiten“ sind. Sicher ist es doch auch den Kommunisten nicht entgangen, daß die große Mehrheit der Betriebsräte kommunistischen Bestrebungen abhold ist. Wo also der Aufwind an Lungenkraft und Druderschwärze? Der Kämpfer erklärte die Betriebsräteforderung für die kommunistische Partei als eine unerläßliche Bedingung. Der Landeskongreß der sächsischen KPD. schloß sich dem an.

Es ist noch nicht allzulange her, daß in der kommunistischen Partei niemand von einer Regierungsbeteiligung in irgendwelcher Form sprechen durfte, wenn er nicht verfehlet werden wollte. Ja, es ist auch noch nicht allzuviel Zeit verstrichen, da die Kommunisten sogar die Beteiligung an den Parlamentswahlen ablehnten. In verhältnismäßig schnellem Wandel hat sich im kommunistischen Lager ein Umstellungsprözeß vollzogen. Ein reichliches Jahr ist es her, daß Kadek, dessen besondere Aufgabe es bekanntlich ist, die taktischen Strömungen des Kommunismus in der kommunistischen Presse in die den kommunistischen Machthabern genehmen Bahnen zu leiten, seinen kommunistischen Freunden in einem Artikel das Folgende ins Stammbuch schrieb:

„Manche Genossen haben gefogt, sie können nur einer Räteregierung angehören, aber niemand hat versucht, diese Behauptung zu begründen. Man kann sie auch nicht beweisen. Die kommunistische Partei kann jeder Regierung angehören, die gewillt ist, ernst mit dem Kapitalismus zu kämpfen. Es gibt keinerlei prinzipielle Gründe für die Teilnahme, keinerlei prinzipielle Hindernisse der Teilnahme der kommunistischen Partei an einer Regierung, die den Kampf gegen das Kapital zu führen genötigt ist. Eine Räterepublik, die Diktatur des Proletariats, ist in Deutschland nur möglich, getragen von dem Willen der Mehrheit des Proletariats.“

Diese Stellungnahme Kadeks warf die bis dahin herrschende Auffassung der KPD. glatt über den Haufen. Er führte aus, daß eine sozialistische Regierung nicht „das letzte Bollwerk der Bourgeoisie“ sei, wie das kurz vorher von der kommunistischen Zentrale in einer Entschlüsselung behauptet worden war. Kadek verlangte vielmehr Beteiligung der KPD. an der Regierung und Übernahme der Mitverantwortung. Kurze Zeit, nachdem der Artikel Kadeks veröffentlicht worden war, fanden in Thüringen die Verhandlungen über die Regierungsbildung statt. Dort betätigten die kommunistischen Vertreter allerdings das Gegenteil dessen, was Kadek ausgeführt hatte. Sie erklärten, daß sie sich nur an einer Räteregierung beteiligen würden. Trotzdem müssen die Äußerungen Kadeks als Ausdruck einer geschichtlichen Entwicklungsphase festgehalten werden.

In Sachsen nahmen die Kommunisten vor zwei Jahren denselben Standpunkt ein. In ihren programmatischen Reden nach der Regierungsbildung vertraten sie ebenfalls den Standpunkt, daß eine Regierungsbildung auf parlamentarischer Grundlage für sie nicht in Frage kommen könne. Sie seien nur ins Parlament eingetreten, um den Parlamentarismus zu diskreditieren. Sie unterstützten nur die rein sozialistische Regierung, „um die sozialistischen Parteien zu entlarven“. Aber der Zwang der Verhältnisse wirkte doch gebieterisch auf die Kommunisten ein. Immer spähten sie in den rückliegenden zwei Jahren nach einer agitatorisch günstigen Gelegenheit, von der Absicht, die Sozialisten gegen das Bürgertum zu unterstützen, freizukommen. Sie fanden eine solche Gelegenheit nicht. Erst als sie infolge der großen Notlage und der Ereignisse nach dem Rathenau-Mord zu der Meinung gelangten, die Zeit sei ihnen nunmehr günstig, die ausgebreitete Agitationslast zu ernten, stimmten sie zusammen mit dem Bürgertum für die Auflösung des Landtages.

Nun haben die Wahlen stattgefunden. Die kommunistische Kalkulation hat getrogen. Der Gewinn eines Mandates — darüber lassen sie, wenn sie unter sich sind, keinen Zweifel — lohnte die Anstrengungen nicht, die sie gemacht haben. Der Gewinn lohnte nicht, die rein sozialistische Regierung in Gefahr zu bringen.

Denn soweit ist nun inzwischen schon der Umstellungsprozeß im kommunistischen Lager fortgeschritten, daß man

wenigstens in verhältnismäßig einsichtigen Kreisen den Unterschied zwischen einer Regierung von Sinnes oder gar einer deutsch-nationalen und einer sozialistischen Regierung zu schätzen weiß. Man hat im Wahlkampf sogar die Parole der Arbeiterregierung herausgegeben und dadurch zunächst theoretisch eine Umkehr von Bisherigem vollzogen. So wie es vor zwei Jahren vor Bildung der rein sozialistischen Regierung in Sachsen den Kommunisten als eine Unmöglichkeit seit erschienen wäre, eine auf parlamentarischen Boden stehende gefommene Regierung zu unterstützen, so wäre es dann, als die Regierung doch unterstützt wurde, noch eine Unmöglichkeit gewesen, eine Arbeiterregierung zu propagieren. Die grundsätzlichen Antiparlamentarier machen Konzeption auf Konzeption an die Entwicklung der Verhältnisse.

Die gegenwärtige Haltung der Kommunisten in Sachen wird viel verständlicher, wenn man sich hieran erinnert. Sie können sich nicht völlig den Zeitumständen und den Machtverhältnissen verschließen. Dennoch sind sie nicht willens, ihnen von sich aus Rechnung zu tragen, und so suchen sie nach Auswegen. Ihre Forderung, die Regierungsbearbeitung auf der Tätigkeit der Betriebsräte aufzubauen, ist als Ausflucht zu werten. Auch sie müssen wissen, daß das Tätigkeitsfeld der Betriebsräte ein anderes ist als dasjenige, das die Regierung eines Landes zu bearbeiten hat. Sollen wir die Kommunisten als derart kurzichtig ansehen, daß wir annehmen müßten, sie wählten nicht, daß die Übertragung der Beratung von Gesetzesmaterien dem Wesen der Betriebsräte widerspricht und von ihnen auch schon rein technisch nicht bewältigt werden kann? Auch den Kommunisten kann es nicht entgangen sein, daß die Regierung und die sozialistischen Parteien gewillt sind, in innigem Kontakt mit den Organisationen der Arbeiterschaft zu handeln, und daß die sächsische Regierung mit ihrem Arbeitnehmerschlichtungsausschuss eine noch innigere Verbindung herstellen will.

In der kommunistischen Partei wirbeln die Meinungen noch jetzt durcheinander, was zu tun sei. Auch das zeigte der letzte Parteitag der KPD. sehr drastisch. Noch jetzt gibt es weitere Kreise, die, wie vor Jahresfrist die Kommunistin Heller es in dem Chemnitzer kommunistischen Organ ausdrückte, darin, daß sich die KPD. bereit erklärt, kommunistische Minister zu stellen, voll Schaudern den Anfang des Weges nach Görlitz sehen. Um den durcheinanderwirbelnden Auffassungen in der KPD. Rechnung zu tragen, wurde damals schon die spitzfindige Unterscheidung zwischen Arbeiterregierung und sozialistischer Regierung gezogen. Eine Arbeiterregierung sei eine Regierung, so lang es damals wie heute, die nicht nur im Parlament ein formales Dasein führt, sondern die sich auf die Organe der Arbeiterschaft stützt und von ihnen die Richtlinien ihrer Politik empfängt. Daß der Willen der Arbeiter auch durch allgemeine Wahlen zum Ausdruck kommt, das wird geistlich übergegangen. Daß Stützpunkte außerparlamentarischer Art auch ohne die Betriebsräte vorhanden sind, das wird nicht erwähnt. Daß eine Regierung, die sich auf Arbeitervertreter stützt, auch eine Arbeiterregierung ist, das wird sophistisch anders dargestellt. Daß schließlich auch eine Regierung, die mit Betriebsräten arbeiten würde, nicht über den Rahmen der Macht hinaus wirken könnte, der seinen Ausdruck auch in allgemeinen Wahlen findet, das wird verschwiegen. Was Radet schon angeführt hat, daß auch eine Räterpublik von dem Willen der Mehrheit des Proletariats getragen sein müsse, das läßt man für die sozialistische Regierung nicht gelten. Es handelt sich also bei dieser Forderung um nichts weiter, als um den Versuch, den Bankrott einer Idee zu verschleiern, nämlich der, daß das „bürgerliche Parlament“ in keinem Fall der Interessensvertretung der Arbeiterklasse dienlich sei.

So bestimmt wie in Sachsen sind die Kommunisten selten vor die Alternative gestellt worden. Wenn sie zu den bisherigen erneut eine verpackte Gelegenheit, ein geschichtliches Vergehen oder Schlimmeres gesellen, so schädigen sie nicht nur das Gesamtproletariat. Ihr Verhalten wirkt auch

mit Gewißheit für die Überwindung der Tendenzen, die heute noch der kommunistischen Bewegung ihren Rückhalt geben.

Dresden, den 29. November. (Eigener, Trahtbericht.) Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Landesorganisation Sachsens mit den Kommunisten über die Regierungsbildung, die am Dienstag stattfanden, haben zu keinem Ergebnis geführt. Unsere Genossen legten gleich zu Beginn der Besprechungen Richtlinien vor, die als Grundlage für das Regierungsprogramm gelten sollten, und die u. a. folgendes befaßen:

1. Schutz der Republik mit allen gesetzlichen Mitteln,
2. Beschleunigte Neugestaltung der Gemeindeverfassung,
3. Erlass eines Amnestiegesetzes,
4. Ausbau und Erweiterung der Rechte des arbeitenden Volkes durch Schaffung von Arbeitnehmerschlichtungsausschüssen, Schutz des Achtundtags, Schutz der Arbeitskraft,
5. Energetische Einwirkung auf die Steuerpolitik des Reiches zur Entlastung der arbeitenden Bevölkerung,
6. Entschlossene Einwirkung auf das Reich in der Richtung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und des Warenaustausches,
7. Förderung des Wohnungsbaues,
8. Bekämpfung des Wuchers,
9. Einwirkung auf das Reich zur Trennung von Kirche und Staat,
10. Reform des gesamten Schulwesens.

Während bei der Beratung dieser Richtlinien unsere Vertreter den besten Willen bekundeten, alle im Rahmen der Reichs- und Landesverfassung liegenden Machtbefugnisse anzuwenden, um ihren Forderungen Geltung zu verschaffen, verlangten die kommunistischen Vertreter, daß auch Forderungen, die an das Reich gerichtet werden müssen, durch den Appell an die Arbeiterschaft gegen das Reich durchgesetzt werden sollten, unbekümmert um die Konsequenzen, die ein solches Vorgehen auslösen müßte. Da das ohne schweren Konflikt mit der Reichsregierung nicht möglich ist und dieser Konflikt zum größten Schaden der Arbeiterschaft auslaufen müßte, mußten die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden. Die Kommunisten hatten für den Fall der Bildung einer „Arbeiterregierung“ bereits ihre Mitglieder Brandier und Böttcher als Ministerkandidaten in Vorschlag gebracht.

## Stegerwald gegen Hermann Müller.

### Ungevolkte Selbstwiderlegung.

„Der Deutsche“, das Blatt Adam Stegerwalds, setzt sich mit der letzten Reichstagsrede des Genossen Hermann Müller auseinander. Er verschanzte sich gegen Müller hinter Ebert, der doch die Ernennung des von Müller so scharf angegriffenen Beder-Hessen zum Wirtschaftsminister vollzogen habe. Herr Stegerwald kennt offenbar die Verfassung nicht, in der es heißt, daß die Ernennung der Minister auf Vorschlag des Reichskanzlers erfolgt. Weiter wird gesagt:

Der seitherige Reichskanzler Wirth ist, wie noch kein bürgerlicher Reichskanzler vor ihm, in allen wesentlichen Fragen der Sozialdemokratie weit entgegengekommen. Er ist denn auch in den breitesten Kreisen weit mehr als Vertrauensmann der Sozialdemokratie wie sonstiger politischer Richtungen angesprochen worden. Als er aber in einer entscheidenden innen- und außenpolitischen Lage von der Sozialdemokratie entgegenkommen forderte, hat diese ihn, anstatt Gefolgschaft zu leisten, mit Fußtritten traktiert.

Diese Fußtritte sind eine alberne Erfindung zu agitatorischen Zwecken. Wirth hat die Sozialdemokratie gestützt, eb so wie die Volkspartei eine Regierungskoalition machen wollte. Darauf hat sie kein Recht. Das war der sogenannte „Fußtritt“. Wenn aber Herr Stegerwald Wirth als Vertrauensmann der Sozialdemokratie bezeichnet, so ist das zwar kein „Fußtritt“, aber ein ganz netter, freundschaftlicher Stich.

Herr Stegerwald findet jenes Nein ganz unverstehlich, er beruft sich dabei auf das bekannte Urteil verschiedener Parteigenossen. In derselben Nummer seines Blattes veröffentlicht er aber eine Enthüllung über das Treiben der volksparteilichen Abgeordneten Weiser, des Führers der nationalen Berufsverbände, die unsere Väter

im gewerkschaftlichen Teil dieses Blattes ausführlich widergegeben finden. Demnach hat der volksparteiliche Herr Weiser die Unternehmer angezettelt und hinzugefügt, daß im Gottes willen nichts davon bekannt werden dürfe. Außerdem hat er ein Bündnis mit den Kommunisten angestrebt, um mit ihnen gemeinsam die Gewerkschaften zu zertrümmern. Herr Stegerwald, der Gewerkschaftsführer sollte danach am ehesten begreifen, daß es für eine Arbeiterpartei gegen ein Bündnis mit der Partei des Herrn Weiser auch Gegenstände gibt, die nicht „lediglich auf Parteitagitation“ zurückzuführen sind.

## Ein republikanisches Ministerium.

Das Reichswehrministerium ist zwar nicht, wie das Innenministerium nach dem Ausspruch Desfers, in erster Linie für den Schutz der Republik verantwortlich, aber ihm untersteht die Wehrmacht der Republik. Das Reichswehrministerium, das auch nach dem Kabinettswechsel Herrn Desfer untersteht, sollte deshalb alles tun, um die Wehrmacht republikanisch zu beeinflussen. Nun prangte aber dieser Tage an dienstlichen Aushängetafeln des Ministeriums folgender Aushang:

Z. Nr. 509. 11. 22. Z. 1. Berlin, den 23. 11. 22. An sämtliche Stellen des R.W.M., Heer und Marine. Gedenktage.

Am Sonntag, den 26. 11., 3 Uhr nachmittags, in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche Gedächtnis-Gottesdienst für die im Weltkrieg Gefallenen. Veranlaßt von dem Landesverband Groß-Berlin des Nationalverbandes Deutscher Offiziere, des Reichs-Offiziersbundes und des Verbandes nationalgesinnter Soldaten Deutschlands.

Als Eintrittskarten gültige Programme 25 M. in der Geschäftsstelle, Reichstr. 32, erhältlich.

Im Entwurf. Dr. Henrici.

Für die Richtigkeit: gez. Köller, Ministerial-Konzepts-Obersekretär.

Herr Henrici, der den Aushang gezeichnet hat, ist Oberleutnant in der Zentralabteilung des R.W.M., die dem Minister direkt unterstellt ist. Ein so hochgestellter unmittelbarer Mitarbeiter des Ministers ist doch wohl verpflichtet, die Gesetze zum Schutz der Republik zu kennen? Er ist doch wohl auch gehalten, nicht zufällig zu „vergessen“, daß der „Verband nationalgesinnter Soldaten“ am 30. Juni d. J. durch Verfügung des preussischen Innenministers auf Grund dieser Schutzgesetze verboten und mit allen seinen Teilen und Unterorganisationen aufgelöst worden ist. Wenn trotzdem solch eine amtl. für diesen verboten und aufgelösten Verband in einem so wichtigen Ministerium Aktion gemacht wird, so scheint das ein Fall zu sein, in dem die schärfste Anwendung des Gesetzes zum Schutz der Republik vor antirepublikanischen Beamten geboten erscheint.

## Aus dem Landtag.

Nachdem der Antrag der Kommunisten, die gestern abgelehnte Beratung über die Ausweisung des italienischen Kommunisten Chezzi heute an erster Stelle vorzunehmen, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt war, verlangte unser Genosse Müller-Hannover, den Gesetzentwurf wegen Zerranderung des Beamtenstellenkontingentes vorwegzunehmen und in allen drei Lesungen ohne Aussprache zu verabschieden. Es soll dadurch ermöglicht werden, den Beamten die erhöhten Bezüge schon zum 1. Dezember auszuzahlen. Es wird so beschloffen.

Hierauf begründet Dr. Köhler-Greifswald eine Große Anfrage der Deutschnationalen über die Einwanderung der Osjuden.

Ausgehobene Immunität. Der württembergische Landtag hat gestern die Immunität des deutschnationalen Abg. Buzille zwecks Durchführung eines Disziplinar- und Strafverfahrens wegen der von dem sozialistischen Abgeordneten Keil im Reichstage gegen ihn erhobenen Beschuldigungen aufgehoben.

Heberrichte zur Sozialdemokratie. Die beiden kommunistischen württembergischen Landtagsabgeordneten Hausel und Baier sind aus der KPD. ausgetreten und haben sich unserer Partei angeschlossen.

Ich mit der Bewahrung dieser Kostbarkeiten beiraut. Er begab sich dann nach einer Brando, wo er auf dem Thron der alten ägyptischen Kalfen Platz nahm. Hier ludigten ihm die anwesenden Würdenträger. Dann fuhr er in einer Staatskarosse nach der Moschee Mohammeds des Eroberers. Das Gebet, in dem der Segen Allahs auf den neuen Kalifen herabgeschickt wird, wurde zum ersten Male in türkischer Sprache gesprochen, statt wie früher in arabischer.

Der ewige Fredericus Rex. Die Stettiner Sängler, die sich im Reichshallen-Theater produzieren, bringen als eine Programmnummer die lebenden Bilder „Mitternacht in der Gemäldergalerie“. Als letztes Bild erscheint „Fredericus Rex“. Unter Donner und Blitz und den Klängen des Hofenfriedberger-Marsches steigt er aus der Gruft. Links die Kaiserstandarte, rechts den geeigneten Säbel, betritt er die Bühne und hält eine monarchistisch-militärische Brandrede furchtbare Art. Auf dem Programm steht fetsgedruckt zu lesen: „Man den Effekt nicht zu stören, wird das Publikum höflich ersucht, während dieser Nummer keine Streichhölzer oder Taschenlampen auszustechen zu lassen.“ — Streichhölzer und Taschenlampen leuchteten nicht auf, wohl aber erhob sich ein Brüllen und Trampeln der Zuschauerschaft, das an gewisse Szenen der „großen Zeit“ erinnerte. Wir gönnten denen, die nicht alle werden, ihre Erbauungsabende und ihren Kunstgeschmack, dem Arbeiterpublikum möchten wir aber dringend raten, selbst in den Tagen des Schauspielereiverts „Vergnügungssittent“ zu meiden, in denen es derartigen Attentaten auf sein Denken und Empfinden ausgeht ist.

Eine berufspädagogische Woche. In der Zeit vom 11. bis 16. Dezember findet auf Veranlassung des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin eine berufspädagogische Woche statt für Leiter und Leiterinnen, Lehrer und Lehrerinnen an den Fach- und Berufsschulen der mittleren Provinzen Preußens, wobei u. a. folgende Vorträge in Aussicht genommen sind: Staatssekretär a. D. Dr. August Müller: Die Lage der deutschen Wirtschaft. — Dr. Boehning: Arbeitslohn, Arbeitszeit, Arbeitsvertrag. — Prinsdozent Dr. Herberich: Arbeitslohn, Lebenshaltung und Unterprobleme. — Staatsminister a. D. Stegerwald: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. — Ministerialrat Dr. Dersch: Betriebsrätegesetz. — Ferner werden Vorträge und Gewerkschaftsleiter Franziska vom Ministerium für Handel und Gewerbe sowie Direktor Kühne und der Gewerkschaftsleiter Fender und Schulz die praktische Auswertung der Referate im Unterricht behandeln. — Zur Durchführung der Woche hat sich ein Arbeitsausschuss gebildet, der für die Unterbringung und Verpflegung der auswärtigen Teilnehmer nach Möglichkeit Erleichterungen schaffen wird. Zimmerbestellungen sind von Lehrerinnen bis zum 25. November an Frau Dr. von Köpcke, Berlin-Friedenau, Reichstr. 7, und von den Lehrern an Direktor Bernide, Berlin N.D. 43, Georgenstraße 43, zu richten. Unabhängig hiervon sind alle Meldungen zur Teilnahme an der Veranstaltung an die Direktion der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin W., Schneberger Ufer 36a, zu senden.

Wilhelm Busch wird vermisst. Die Hamburger Vera Filmwerke werden, wie die Lichtbild-Bühne“ mittelt, „Max und Moritz“ und „Hans Gudeke“ als Reigenfilme auf der Leinwand ersetzen lassen.

## Die Arbeitsleistung sinkt!

Von Erich Schöffus.

Die Arbeitsleistung sinkt. Die Grundbedingung für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ist vermehrte Produktion. Nur, wenn das deutsche Volk mehr noch als bisher arbeitet, kann es über die jetzige schwere Krise hinwegkommen. Wird nicht mehr gearbeitet, dann treiben wir unaufhaltsam, unrettbar dem Abgrund zu. So oder ähnlich haben wir's morgens auf dem Wege zur Arbeitshütte in der Zeitung gelesen. Und das Gelesene klingt in uns nach, wenn wir unser Bureau, unsere Werkstatt betreten. Ein Entschluß steht fest bei uns: Heute wollen wir zeigen, daß wir uns nicht unterliegen lassen, wollen mit erhöhtem Fleiß und größter Ausdauer mehr noch als unser Tagewerk vollbringen. Nicht nur, um uns in den Augen unserer Vorgesetzten in ein gutes Licht zu setzen. Aus tiefer, innerster Überzeugung zum Besten des Gesamtvolkes.

Da sind wir nun mitten in der Arbeit. Ein gutes Stück haben wir schon geschafft, in kurzer Zeit. Auf einmal, ohne erkennbaren äußeren Grund, wird unsere Aufmerksamkeit von ihr abgelenkt. Das vielschichtige achilles hingeworfene Wort eines Kollegen bringt unsere Gedanken in eine andere Richtung, in die eine, einzige: Wie wird die nächste Gehaltserhöhung ausfallen? Wie werden wir auskommen?

Vorbet ist's mit den guten Vorsätzen, wobei mit altem Eifer. Die Buchstaben und Ziffern tanzen vor unseren Augen. Müde, sorgende, gequälte Blicke irren in ungewisse Fernen. Und die Gedanken kommen, ungewollt, ungerufen, und zwingen uns in ihrer unheilvollen Bahn. Es ist ungeheuer schwierig gewesen, im vergangenen Monat mit dem kurzen Gehalt durchzukommen. Wird's im nächsten besser werden? Zwar die Summen sind hoch, so hoch, daß man früher wer weiß was alles dafür bekommen hätte. Ja, früher! Aber heute kostet das Pfund Margarine 1000 M., heute noch, und das Brot — — — Ach, nur keine Preise, nur nichts davon hören müssen, immer und immer wieder.

Dann zuden wir plötzlich zusammen und besinnen uns. Wir wollten ja arbeiten. Nun, hoffentlich haben die anderen nichts gemerkt von dem „Hauenzug“. Vorsichtig blicken wir uns um. Sehen, wie auch die Blicke der anderen schweifen, erkennen auch bei ihnen den grübelnden, zerquälten Ausdruck banger Sorge im blauen Gesicht. Dann sagt irgend jemand, ohne Einleitung: „Die Verhandlungen sind abgebrochen worden, 50 Proz. Zulage nur will man uns geben.“

„Nur 50 Proz.“? Und jeder holt nun einen Zettel, einen Bleistift hervor und rechnet, rechnet, rechnet. Einer, der zuerst fertig geworden ist, murmelt verärgert: „Aber das ist ja gar nicht möglich, damit auszukommen. Es ist doch alles auf das Doppelte, ja das Dreifache und Vierfache gestiegen, auch der Preis unserer Erzeugnisse, und uns gibt man nur das.“

Die anderen nickten stumm. Nur der eine, der die erste Mitteilung brachte, nimmt wieder das Wort: „Ja, die Arbeitgeber erklären, auf keinen Fall mehr geben zu können. Es würde zu wenig gearbeitet und dafür würden schon jetzt viel zu hohe Gehälter und Löhne gezahlt.“

Wieder sagt keiner ein Wort. Doch die Mienen werden verdrossener, verbissen. Der Blick fliegt zum Fenster hinaus, wo hochbepackte Lieferwagen eben davonsahren, voll geladen mit dem, was des Arbeiters, des Angestellten Fleiß fertig brachte. Und man fängt doch die Lieferbedingungen, kennt die Beträge der Rechnungen, weiß doch — — —

Ein Platz war bisher leer gewesen. Nun kommt der Kollege, müde, blaß, übermüdet, entschuldigt sich bei unserem Vorsteher und setzt sich dann still vor seinen Tisch. Schlägt ein Buch auf und stiert vor sich hin. Dann beginnt er mit müder, leiser Stimme zu erzählen. Wie seine Frau plötzlich mitten in der Nacht gekriechen habe. Mit kaum noch menschendehnhälicher Stimme: „Meine Kinder verhungern! Gib mir Brot für die Kinder! Du! Du bringst nicht genug Geld!“ Dann hatte sie aufgelaht und mit der Faust nach ihm gedroht. Dann war sie wieder in die Kissen zurückgefallen, in Schweiß gebadet, kraftlos, stierend. Hatte dagelegen mit einem seifen Wimmern.

Schnell hatte er die weinenden Kinder beruhigt und war dann zum Arzt gelaufen. Der hatte nur die Köpfchen zucken können: „Ruhe, Ruhe, nicht grübeln, einige Tage lang nicht an die Sorgen denken!“ Fast wie ein Hohn hatte es geklungen. Doch der Arzt hatte selbst so tief ernst, so kummervoll dreingeschaut.

Der Kollege hatte schon längst aufgehört zu erzählen. Aber noch immer sitzt er still da. Das Buch liegt noch immer vor ihm aufgeschlagen, doch die Augen irren darüber hinweg. Mit dem ungeborenen Ballast solcher Sorgen sollte er Mut und Freude haben zur Arbeit? Wir anderen sitzen um ihn herum. Die Feder in der Hand. Für den Augenblick sind unsere eigenen Sorgen durch die grübeln, furchtbare des einen etwas zurückgedrängt worden. Wie lange wohl? Schon in den nächsten Minuten kommen sie wieder. Bohrender, nagender, zermürbender. — — —

Die Arbeitsleistung sinkt! Ueberflüssig zu sagen, wie sie gesteigert werden könnte.

Durch den Jehstundentag sicher nicht!

Die Weihe des Kalifen. Die Einsetzung des neuen Kalifen in seine Würde als das Oberhaupt aller gläubigen Mohammedaner ist, wie aus Konstantinopel berichtet wird, unter großer Prachtentfaltung vollzogen worden. Die Feier begann am frühen Morgen, indem sich der neue Sultan Abdul Mehjid aus dem Dolma-Baghch-Palast im Norden von Konstantinopel mit großem Gefolge nach dem alten Serail in Stambul begab, wo er eine Abordnung der türkischen Nationalversammlung empfing. Die Deputation überreichte ihm einen Brief, in dem verkündet wurde, daß er von den Vertretern des Volkes zum Kalifen erwählt worden sei. Von Prinzen und Beamten umgeben, schritt der neue Sultan dann nach dem Pavillon des Mantels des Propheten, einem alten Bau, dessen Wände im Glanz kostbarer Tapeten erstahlen. Hier übernahm ihm der Führer der Parlamentsabordnung einen goldenen Schlüssel, und mit diesem öffnete er drei goldene Reliquienkästchen, die die heiligsten Gegenstände des Islam enthalten. Nämlich den Mantel des Propheten, der von 40 seidenen Hüllen umgeben ist, sein Schwert, seine Fahne, einige Haare seines Bartes und einen heiligen Koran. Der neue Kalif brachte diesen Reliquien seine Verehrung dar und wurde feier-

England und Griechenland.

Lausanne, 29. November. (WZB.) Die Meldung von der Hinrichtung der verurteilten Minister in Athen wurde gestern abend hier durch eine Reuter-Depesche bekannt...

Protest Amerika.

Washington, 29. November. (CP.) Das State Department (Aussenministerium) hat durch den amerikanischen Geschäftsträger in Athen, Caffery, gegen die Hinrichtung der griechischen Minister offiziell Protest erhoben.

Postreformen.

Der neue Minister für schärfere Portoerhöhungen.

Im Reichsverkehrsbeirat fand nach der Einführung des neuen Ministers Stingl eine eingehende Debatte über die Organisation der Post statt. Der Ausprosser lag eine Denkschrift des Abg. Held (Bayer. Sp.) zugrunde, die folgende Forderungen und Entwürfe enthält: 1. Zurückführung des Personals auf den Stand von 1913...

In der Debatte äußerte sich der Minister Stingl dahin, daß nach seiner Meinung die bisherige Postministerien vielleicht als Nichtschaffmann in seiner Gehörpolitik die Interessen des Publikums allzu sehr geschont habe...

Die neuen Portosätze.

Die Vorschläge der Verwaltung sehen u. a. folgende Erhöhungen vor: Fernbriefe: 25 M., über 20 bis 100 Gramm und über 100 bis 250 Gramm 55 und 45 M. Ortsbriefe 10, 15 und 25 M. Fernpostkarte 15, Drispostkarte 5 M. Pakete bis zu 5 Kilogramm Rahzone 125 M., Fernzone 250 M. Bei Paketen über 5 bis 10 Kilogramm für jedes Kilo Rahzone 25, Fernzone 50 M. zu der Gebühr des 5-Kilogramm-Paketes...

Seringer Devisenkursrückgang.

Nuhrbesetzung? — Nuhrindustriewerte steigen !!

Die etwas günstigere Bewertung der deutschen Mark an der gestrigen New Yorker Börse rief im heutigen Berliner Vormittagsverkehr eine leichte Abschwächung der Devisenkurse hervor. Im offiziellen Verkehr setzte der Dollar ein, stieg aber sehr bald wieder auf 8500 bis 8600. Die Lage des Devisenmarktes ist also im Vergleich zu gestern so gut wie unverändert...

Table with exchange rates for various currencies as of 29. November and 28. November. Columns include currency names and rates.

Die Wohnung als Erbe.

Früher waren es gewisse Sargfabrikanten, die mit großer Eignung sich bei den Angehörigen toter Verstorbenen einstellten und den Auftrag zur Sarglieferung erboten. Zuweilen kamen sie mit Hilfe ihres Nachbarn dieses noch schneller, als die Familie durch das Krankenhaus vom Todesfall in Kenntnis gesetzt war...

Die Müllabfuhrkosten.

Angelegliche Mahensachen.

Wie der „Vorwärts“ bereits am 8. November ausführlich berichtete, hatte die Müllabfuhrgesellschaft die Absicht, die seinerzeit vom Magistrat festgesetzten Höchstzuschläge von 400 Proz. für die Müllabfuhr im November voll umzusetzen. Die Müllabfuhrgesellschaft hat sich zwar vorher berichtet, gibt aber nun eine Zahlungsaufforderung an die Hauswirte bzw. Vermieter heraus...

Der Franz-Prozess.

Im Prozeß gegen Franz und dessen Ehefrau Hedwig verzögerte sich die Wiedereröffnung der Verhandlung, da ein Geschworener aus Wittenau nicht erschienen war, weil bei Reinickendorf ein Güterzug verunglückt war, so daß der Personenverkehr bis nach 9 Uhr morgens auf dieser Strecke stockte. Nach kurzer Verzögerung wurde ein Ersatzgeschworener eingesetzt und die Verhandlungen wieder aufgenommen...

Der Herr Ehrenobermeister.

In dem Prozeß gegen Karl Rahardt und Genossen wurde die Verhandlung heute fortgesetzt. Der Angeklagte Karl Rahardt sieht sehr leidend aus und sitzt ziemlich apathisch auf der Anklagebank. Nach Eröffnung der Sitzung wird der Gefängnisarzt Dr. Hirsch vernommen. Er glaubt, daß es möglich sein werde, unter großer Schonung und, wenn man nicht zu lange verhandelt, das Verfahren weiterführen zu können...

Wie man Wohnräume ihrem Zweck entzieht.

Zur Milderung der Wohnungsnot sind, weil die Herstellung von Neubauten nicht in Gang kommen wollte, allerlei Notbehelfe angewendet worden. Die Wohnungen zu mehreren, Räume, die längst nicht mehr als Wohnungen dienen oder überhaupt niemals als solche gebaut hatten, wurden in Eile „wohnlisch“ hergerichtet. Hausböden, Lagerteller, Schuppen wurden ausgebaut und mancher Wohnungszuhende war froh, sie als Unterkunft zu erhalten...

Anzeigen über Kindermisshandlung.

Den Bezirks-Jugendämtern (Bezirksfürsorgestellen) der Stadt Berlin geben in letzter Zeit in größerem Umfang Anzeigen ohne Unterschrift über Mißhandlung oder schlechte Behandlung von Kindern zu. Die Ämter gehen, soweit es ihnen irgend möglich ist, diesen Anzeigen nach. Das Jugendamt der Stadt Berlin teilt nun mit, daß ein nicht unterzeichneter Teil dieser Anzeigen unbegründet ist und daß in vielen Fällen wegen ungenauer oder unrichtiger Namen- und Wohnungsangabe die gemeldeten Kinder überhaupt nicht ermittelt werden können. Da das

Fehlen der Unterschrift der Mitteilungskinder ausreicht, geht den mit der Nachprüfung beauftragten sozialen Kräften durch vergebliche Wege kostbare Zeit verloren, wozunter wieder die Hilfsbedürftigen zu leiden haben. Es ist daher im Interesse sachgemäßer Bearbeitung der Anzeigen und schnellerer Hilfeleistung in den Fällen wirklicher Not dringend geboten, solche Anzeigen, die selbstverständlich vertraulich behandelt werden, stets mit Namen und Wohnung zu unterschreiben.

Eine scharfe Ausländerkontrolle nahmen Beamte der Abteilung IA des Polizeipräsidiums in der Friedrichstadt vor. Viele der Fremden handeln mit unbeweglichen und beweglichen Werten, besonders auch, trotz aller Verbote, mit Gold und Edelsteinen. Schon früher wurden bei Streifen viele solcher Ausländer, die oft zu gewissen Tageszeiten alleinige Gäste der Lokale sind, ohne jeden Ausweis und Aufenthaltserlaubnis angetroffen. Das wiederholte sich auch bei der letzten Kontrolle. Mehrere 100 Personen wurden angehalten und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Fünfzig Mann, die entweder gar keine oder falsche Pässe hatten, wurden dem Richter vorgeführt und sollen über die Grenze gebracht werden.

Der neue Gaspreis, den die Kohlenpreiserhöhung zu einer fast unmöglich scheinenden Höhe hat empor schnellen lassen, beträgt bei der Gasbetriebsgesellschaft „nur“ 76 M. pro Kubikmeter, dagegen bei den Gaswerken der Stadt, wie schon gemeldet, 90 M. pro Kubikmeter. Der Unterschied zwischen dem Gaspreis der Stadt und dem der Gesellschaft erklärt sich daraus, daß bei der Gesellschaft die Preisfestsetzung rückwirkend vor der Novemberstandaufnahme ab gilt, während die Stadt den neuen Preis von der Dezemberstandaufnahme ab einreten läßt. Das heißt: die Stadt fordert für das von der Dezemberstandaufnahme ab erst zu verbrauchende Gas 90 M., die im Januar bezahlt werden müssen, die Gesellschaft aber läßt sich im Dezember schon 76 M. für das vor der Novemberstandaufnahme ab gelieferte und jetzt längst verbrauchte Gas bezahlen, für das die Stadt im Dezember erst 41 M. entkassiert. Die Gesellschaft ist also der Stadt in der Preisbemessung ein lästiges Schandflüßchen.

Gegen Schankstättenvermehrung und gegen Nahrungsmittelvergeudung wendet sich die Schöneberger Alkoholgenossenschaft vom 3. bis 10. Dezember. Eröffnet wird die Woche durch einen Umzug der Schöneberger Alkoholgenossen und aller Derer, die in der ständig wachsenden Zahl der Schankstätten eine Volksgefahr sehen, am 3. Dezember, nachmittags 2 Uhr, ab Bahnhof Ebersstraße. Im Anschluß an dem Umzug wird an demselben Tage, nachmittags 4 Uhr, im Bogenheim, Gustav-Frentag-Str. 5, ein Führungsvortrag in der Wohlfahrtsausstellung stattfinden. (Redner: Dr. Kraut.) Die Ausstellung wird bis zum 9. Dezember von 3 bis 9 Uhr nachmittags geöffnet sein. Eintritt zur Untertafelung 3 M. Für sachkundige Führung ist Sorge getragen. Donnerstag, den 7. Dezember, findet in der Aula, Kolonnenstr. 22/23, eine öffentliche Vollerversammlung mit freier Aussprache statt. (Redner: Georg Davidsohn.) Schließlich bringt der 10. Dezember eine Probeabstimmung in der Erdankstraße in Schöneberg über die Frage einer Einschränkung der Schankstätten. Das Ergebnis wird am 12. Dezember, abends 7 Uhr, im Bogenheim, Gustav-Frentag-Str. 5, öffentlich festgesetzt werden.

In der Sonntagabendvorbereitung des Bezirksbildungsvereins am 26. November im Neuen Theater am Zoo ist im Vorraum des Theaters ein Herrensturm verlesen gegangen. Der Rinder wird gebeten, ihn gegen Belästigung im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Treppen, Zimmer 8, abzugeben.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Staus kühlere, teilweise auffarend, jedoch überwiegend bewölkt mit wiederholten Niederschlägen und trüben westlichen bis nordwestlichen Winden.

Groß-Berliner Partei-Nachrichten der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Arbeitsgemeinschaft, Verfassungstafel, morgen, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof part. 17. Kreis, Schöneberg. Die erweiterte Kreisversammlung findet heute um 7 1/2 Uhr nicht bei Hengel, sondern bei Tempel, Gudenstraße, statt. 77. Mtg., Schöneberg. Die für Donnerstag in der Schulhaus-Frauentafel angelegte Versammlung fällt aus. Die Mitglieder nebeneinander am heutigen Abend im Witzschke-Saal, Lindenstraße 77, 78. und 79. Abteilung in der Schulhaus-Frauentafel, 57. Mtg. 98. Mtg., Kreuzberg. Donnerstag 6 1/2 Uhr Versammlung sämtlicher Funktionäre in der Rudowmehlschule, Rudowstr. 12. 102. Mtg., Wilmersdorf. Donnerstag 7 Uhr bei Hef, Baumhüttenstraße 70. Wichtige Funktionäre. Donnerstag 7 Uhr bei Hef, Baumhüttenstraße 70. Jungsozialisten, Gruppe Neukölln. Donnerstag abends 8 1/2 Uhr, im Jagdenheim, Ragatzstr. 5, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Resolutions- und Interrogation.

An unsere Leser!

Unmittelbar vor dem Monatswechsel erwächst unseren Freunden eine bedeutsame Pflicht. Dringender als je ist es heute nötig, der gespannten innen- und außenpolitischen Lage an der Hand eines zuverlässigen Führers zu folgen. Ein solcher Führer im sozialistischen Sinne ist der „Vorwärts“. Aber auch er wird bedrängt durch die rasende Entwicklung der Papierpreise, die zu einer absoluten Vorherrschaft der vom Großkapital ausgehaltenen Presse zu führen droht. Um so mehr müssen unsere Genossen es als ihre ehrenvolle Aufgabe betrachten, das einzige zweimal täglich erscheinende Organ der Vereinigten Sozialdemokratie in seiner vollen Schlagkraft zu erhalten und sie noch zu verstärken. Das geschieht am wirkungsvollsten, wenn jeder Parteifreund in seinem Kreise neue Leser des „Vorwärts“ wirbt. Je größer die Zahl der „Vorwärts“-Leser, desto stärker ist der Einfluß, den die Sozialdemokratie nach jeder Richtung für das schaffende Volk ausüben kann.

Darum: ans Werk! Jeder muß zum 1. Dezember einen neuen Abonnenten des „Vorwärts“ gewinnen! Nächsteher Bestellzeit ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, einzulenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Form with fields for Name, Wohnung, and Straße Nr., and a list of subscription options.

# Gewerkschaftsbewegung

## Das taktische Bündnis.

„Der Deutsche“, das Blatt des Herrn Stegerwald, veröffentlicht folgende Zuschrift:

„Es war mir möglich, Einsicht zu nehmen in einen Bericht über die Sitzung, die am 23. September d. J. im Monopol-Hotel in Breslau stattgefunden hat. Einberufen der Sitzung war der Abgeordnete Geisler. Dieser nahm an der Sitzung teil einige Arbeitgeber und einige Syndici von Arbeitgeberverbänden. In seiner Einleitungsrede sagte Herr Geisler u. a.: Er vertrete die nationalen Berufsverbände. Diese Berufsverbände seien bestrebt, die ganze wirtschaftliche Auffassung der Arbeiter zu ändern. Sie hätten sich die Aufgabe gestellt, durch Belehrung und Belehrung die einzelnen zur Privatwirtschaft zurückzuführen. Geisler sagte an, die Gelder der Industrie nicht allein für die Presse zu opfern, sondern sie auch seiner „Bewegung“ zuzuführen. Er bat die Arbeitgeber dringend, seinen Plan zu unterstützen und die wirtschaftsfriedliche „Bewegung“ zu unterstützen. Das alles müsse aber

streng geheim

vor sich gehen, damit die Arbeitnehmerverbände keinen Verdacht schöpfen.

Von den anwesenden Arbeitgebern wurde die Bitte Geislers um Unterstützung seiner Verbände und seine Darstellung der deutschen Gewerkschaftsbewegung mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen. Einige haben sogar vor einer solchen Unterstützung dringend gewarnt. Deshalb Geisler erneut das Wort nahm und u. a. erklärte, daß die Unterstützung durchaus nicht öffentlich erbeten würde. Das würde seinen Berufsverbänden ungeheuer schaden. Es sei nun doch einmal so, so bemerkte Geisler, daß die Arbeitnehmer nichts von Verbänden wissen wollen, die Unterstützungen von Arbeitgebern annehmen. Er bitte noch einmal dringend, sich seinen Verbänden gegenüber nicht ablehnend zu verhalten, sondern sie nach Möglichkeit und unter Wahrung der nötigen Vorsicht zu unterstützen. Eine öffentliche Unterstützung dürfe aber unter keinen Umständen in Frage kommen, denn eine solche würde unendlich viel schaden.

Geisler scheint in Breslau seine Sache insofern etwas ungeachtet vertreten zu haben, als er in der Sitzung ersichtlich einem taktischen Bündnis zwischen seiner „Bewegung“ und den Kommunisten das Wort redete, weil ja beide dasselbe Ziel hätten:

### die Zerstörung der Gewerkschaften.“

Es wird niemand an dem sachlichen Kern dieser Darstellung den geringsten Zweifel haben. Daß der völksparteiliche Abgeordnete und Führer der Gelben seine „Bewegung“ nur mit der Unterstützung der Unternehmer überhaupt über Wasser halten kann, ist ein öffentliches Geheimnis. Wenn Geisler glaubte, die Unternehmer wüßten nicht, daß die Arbeiter längst gemerkt haben, mit welchen Mitteln die „wirtschaftsfriedlichen“ Organisationsbündnisse gespeist werden, dann befand er sich eben auf dem Holzwege. Die Unternehmer verhielten sich eben deshalb zugestimmt, weil sie wissen, daß das Geld, das ihnen Geisler abknöpft, zum Fenster hinausgeworfen ist.

Und deshalb schob Geisler die Kommunisten vor. Wir denken nicht daran, nun die Kommunisten zu beschuldigen, daß sie ein Bündnis mit den Gelben abgeschlossen haben. Solche Disfunktionsmethoden überlassen wir den Anhängern Roskaus. Aber Geisler hat, auch das ist ein öffentliches Geheimnis, insofern recht, wenn er sagt, daß die Kommunisten, genau wie die Gelben, auf die Zerstörung der Gewerkschaften hinarbeiten. Und bei mehr als einer Lohnbewegung, besonders bei gewissen Beamten in öffentlichen Betrieben, konnte die Liebesgemeinschaft zwischen Gelben und Kommunisten — von denen ja viele vor 1918 im gelben Lager standen — festgestellt werden. Insofern hat der Stimmes-Ronn wahr gesprochen, wenn er sich eines „taktischen Bündnisses“ zwischen den Kommunisten und den Gelben rühme.

## Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten.

Die im Juni 1922 gegründete Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten hielt am 18. und 19. November in Berlin ihren ersten Verbandstag ab. Genosse Falkenberg (ADB) wies in seiner Begrüßungsansprache auf die Kernpunkte der vom ADB betriebenen Beamtenpolitik hin, die nur durch Idealismus, Opfermut und frohen Kampfsgeist der Mitglieder verwirklicht werden könne. Händeler rechnete in seinem Referat über die Kommunalbeamtenbewegung im ADB, sehr energisch mit dem „Kombi“ ab, der keine Mittel scheut, um seine immer schwächer werdende Position zu behaupten. Die Beamtenbewegung erkennt aber immer mehr, daß Ständesorganisationen nicht in der Lage sind, ihre wirtschaftlichen Interessen zu vertreten. Bürgermeister Ahmann forderte die sofortige Regelung des Beamtenrechtes durch das Reich entsprechend Art. 80 der Reichsverfassung, die Gleichstellung der Kommunalbeamten mit den Staatsbeamten und eine Regelung des Anstellungsrechtes der Gemeinde nach Befähigung, nicht aber nach der Abschlußprüfung einer Schule oder einer Staatsprüfung. Ferner forderte er die Hinzuziehung der Beamten zu den Verwaltungsausschüssen der Gemeinden und die Wahl der Beamten durch die Stadt- oder Gemeindevorstände. Eine in diesem Sinne lautende Entschließung fand einstimmige Annahme.

Entschieden Einspruch erhob der Verbandstag in einer Entschließung gegen die Absicht der Reichsregierung, das Reichsperzentage über den 31. März 1923 hinaus zu verlängern. Beschlossen wurde, eine eigene Verbandszeitschrift unter dem Titel „Der Kommunalbeamte“ herauszugeben. Die Satzungen fanden nach eingehender Aussprache Annahme. Solidarisches Vorgehen zur Verbesserung der Gehalts- und Arbeitsverhältnisse unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel wird hier in Aussicht gestellt. Als solche gewerkschaftlichen Mittel werden die positive Resistenz und der Streik bezeichnet. Ausgehend von der Ueberzeugung, daß eine soziale Besserstellung der Beamten nur in gemeinschaftlichem Kampfe mit den Arbeitern und Angestellten erreicht werden kann, wird gefordert, daß die drei Säulen der freien Gewerkschaftsbewegung, der ADB, und der ADB, sowie die ADF schnellstens einen Kartellvertrag abschließen und in allen sozialen und wirtschaftlichen Fragen gemeinsam vorgehen. Die Einrichtung verschiedener Unterstützungsstellen wurde beschlossen. Mit der Wahl des Vorstandes, der sich aus zwölf Mitgliedern zusammensetzt, und als dessen Vorsitzende Theel und Frohn fungieren, wurde der Verbandstag geschlossen.

## Vom Arbeitsmarkt.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen hat im Oktober 1922 die erwartete mäßige Zunahme erfahren. Sie ist vom 1. Oktober zum 1. November von 16300 auf 23900, darunter 18600 männliche und 5300 weibliche gestiegen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Familienangehörigen Vollerwerbsloser) betrug 27000. Bei den Zahlen bleibt zu berücksichtigen, daß nach den geltenden Bestimmungen nur ein Teil der Arbeitslosen Unterstützung bezieht. Immerhin ist unverkennbar, daß der von manchen Seiten erwartete katastrophale Rückgang des Beschäftigungsgrades bisher nicht eingetreten ist. Günstig hat dabei die Witterung gewirkt, welche die Arbeiten — Landwirtschaft, Baugesamt, Binnenschifffahrt — noch immer gestärkt. Für die Folgezeit wird mit einer weiteren schrittweisen Verschlechterung des Arbeitsmarktes gerechnet werden müssen, einmal infolge der fortschreitenden Jahreszeit, sodann infolge der Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage auf Grund der Valutaverhältnisse.

## Lohnregelung der Bauhändler.

In einer Versammlung der Bauhändler und Kollegen aus den Betrieben für gelochte Bleche am Montag in der Köpenicker-Brauerei wurde vom Branchenleiter Kraus über die am letzten Donnerstag vor dem „Demo“ geführten Lohnverhandlungen berichtet. Der „Demo“ wurde angerufen, nachdem der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses von einer Branchenversammlung abgelehnt war, weil er zu niedrige Löhne und zu große Differenzen zwischen den Lohngruppen enthielt. Die Verhandlungen vor dem „Demo“ haben zu einer Verständigung der Parteien geführt. Ab 16. bis 23. November sollen erhalten:

Selbständige Schlosser und Kolonnenführer 190, Helfer 183, Junggehilfen im ersten Jahre 155, im zweiten 160, Transportarbeiter 180, Frauen 143 und Schweigerinnen 158 Mark.

Für die Zeit vom 24. November bis 2. Dezember sind die Löhne wie folgt festgesetzt: 205, 198, 168, 178, 195, 155 und 171 Mark. Auch die Löhne der Jugendlichen sind dem Schiedspruch gegenüber erhöht worden. Der niedrigste Lohnsatz beträgt 67, der höchste 149 Mark.

Berheiratete ohne Kinder erhalten eine Feuerungszulage von 5 Mark, Berheiratete mit Kindern von 8 Mark.

Kolonnenführer, die Helfer beidseitigen, erhalten noch eine Sonderzulage von 5 Mark auf den Stundenlohn.

In der Aussprache wurden zwar Bedenken gegen die Annahme dieser Lohnsätze erhoben, die den heutigen Feuerungsverhältnissen gegenüber als unzureichend bezeichnet werden müßten, schließlich wurden sie aber von der Versammlung gegen eine starke Widerheit angenommen.

Für die Angestellten in den Geschäfts- und Industriebetrieben ist der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vom 6. November, der die Novemberlöhne neu regelt, am 18. November mit Wirkung vom 1. November 1922 für verbindlich erklärt worden. Der Geltungsbereich erstreckt sich auf alle Geschäfts- und Industriebetriebe Groß-Berlins. — Abdruck ist bei den Funktionären und im Bureau, Bayreuther Str. 31, in Empfang zu nehmen.

Die Badische Anilin- und Sodafabrik hat die drei Arbeiter entlassen, die zu dem kommunistischen Betriebsräte Kongress nach Berlin delegiert waren. Die Belegschaft ist daraufhin in den Streik eingetreten, so daß das Oppauer Werk vollständig stillgelegt ist, während im alten Werke in Ludwigshafen a. Rh. noch gearbeitet wird. Ob die Zurücknahme der Entlassung nicht auch ohne einen allgemeinen Streik zu erreichen war, sei dahingestellt. Doch so wenig sympathisch uns dieser Betriebsräte Kongress auch war, müssen wir schon sagen, daß es nicht Sache der Unternehmer ist, darüber zu bestimmen, zu welchen Tagungen die Arbeiterschaft oder ein Teil derselben Delegierte entsendet, oder gar darüber, ob sie überhaupt irgendwann und irgendwohin einige Vertreter schickt. Die Maßregelung ist jedenfalls ungebührlich und unberechtigt. Sie ist aber auch selbst vom Arbeitgeberstandpunkt aus betrachtet in diesem Falle höchst unklug, da durch diese nicht aufrechterhaltende Maßnahme und den vorauszuweisenden Folgen der Berliner Betriebsräteversammlung noch nachträglich ein besonderes Relief verliehen wird, ihr eine Bedeutung zugemessen wird, die sie nicht hatte.

Verhandlungen zur Beilegung des Konflikt sind im Gange.

Die „Rote Fahne“ verschweigt zwar, wieviel Delegierte von dem Refektorium in Ludwigshafen und Oppau einliefen waren, benützt dafür aber auch diesen Anlaß, gegen die Gewerkschaftsführer im allgemeinen zu hegen und gegen die „Gewerkschaftsbureaukratie des Fabrikarbeiterverbandes“ im besonderen, die sie verdächtigt, mit den Unternehmern Hand in Hand zu gehen. Als ob die Gewerkschaften sich jemals, wie es im kommunistischen Lager der Fall ist, von blindem Haß, anstatt von der Vernunft und ihrer grundsätzlichen Einstellung in solchen Dingen hätten leiten lassen!

Die Hamburger Werftarbeiter haben den Schiedspruch des vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Sonder-Schiedsrichtungs-ausschusses, der ihnen bis zum 1. Januar 1923 eine Lohnzulage von 70 Proz. zugesprochen hat, in der Urabstimmung mit großer Mehrheit abgelehnt. Da sie sich mit der Bindung bis zum Ende dieses Jahres nicht einverstanden erklären konnten. Die Arbeitgeber haben dem Schiedspruch zugestimmt.

In der ober-schlesischen Montanindustrie sind die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten für den Monat November in einer auf Antrag der Parteien vom Reichsarbeitsministerium geleiteten Verhandlung teils durch Vereinbarung, teils durch Schiedspruch geregelt worden.

Die organisierten Buchdrucker in Saarbrücken sind gestern in den Streik getreten, weil die Prinzipale die geforderte Zahlung einer Zulage von wöchentlich 40 Franken abgelehnt haben. Die Prinzipale hatten für die laufenden Woche 15 und für die folgende Woche 20 Franken angeboten.

Die Arbeitslosigkeit in Dänemark nimmt weiter stark zu. Sie betrug in der letzten Woche 1600 und beläuft sich jetzt zusammen auf 40000 Köpfe.

Benachrichtigt für den Redakt. Stell: Gieseler Schill, Berlin; für Anzeigen: 23. Gode, Berlin. Verlag: Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Broschdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Unter den Eichen 1.

Wert 100 Mark in bar!

Man staunt wie billig!

Eilen Sie eh's zu spät wird!

Noch verkaufen wir, soweit Vorrat reicht!

Anzüge / Schlüpfer  
Winterpaletots  
Gummimäntel / Hosen

noch sehr billig!

weit unter heutigem Gestehungspreis

Kaufverleicherung durch Anzahlung

Hugo Simon

Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung

133 CHARLOTTENBURG 133  
Wilmsdorfer Str. 133

an der Bismarckstrasse.

Weitester Weg lohnend!!

Zähne von 200 an in nur 15 Min.  
Hempel  
Perser-Topfchen  
Blavier, Flügel  
Einfach von Brillanten

Lachmann & Scholz

Moabits grösstes Warenhaus

Turmstr. 76 \* Ottostr. 1

Vom 1. bis 10. Dezember geben wir einen

Kalender  
gratis

bei einem Einkauf von 1000 Mark aufwärts